

Der direkte Draht

Plauen – Berlin

Ausgabe 3

26. März 2009

FDP



im Deutschen Bundestag

Themen in dieser Ausgabe:

Kongo will Hochleistungssport entwickeln

Stadtumbau: Aufwertung der Stadtkerne jetzt gezielt voran treiben

Fußball-Bundesliga: Zwei Spieltermine am Wochenende sind genug

Vogtland-Bau: Regionale Messe in Plauen erfolgreich

FDP stellt ihr Programm für die Bundestagswahl vor

Enteignungsgesetz

Allensbach-Umfrage

Verbraucherschutz: Klassifizierung der Winterreifen nötig

Vorratsdatenspeicherung: Unmut in Bevölkerung wächst

Mit der 115 durch den Bürokratie-Dschungel

Wie viel Elterngeld steht mir zu? Und vor allem, wo muss ich es beantragen? Was muss ich tun, um an die Abwrackprämie zu kommen?

Rund 10 Millionen Bundesbürger werden jetzt mit diesen Fragen nicht mehr allein gelassen. Sie wählen einfach die Notrufnummer, um sicher durch den Bürokratie-Dschungel zu kommen: 115.

„Allein die Tatsache, dass sich das Bundesinnenministerium entschlossen hat, ein solches Pilotprojekt ins Leben zu rufen, zeigt, wie groß die Bürokratie in Deutschland ist. Viele Bürger sind nicht mehr in der Lage, sich ohne kompetente Hilfe durch den Paragrafen- und Verordnungs-Dschungel zu tasten“, sagt Joachim Günther. Deshalb begrüßt er die Schaltung einer solchen Notfall-Rufnummer. „Es ist ein erster Schritt in Richtung bürgerfreundlichere Verwaltungen. Durch das Wählen der 115 können die Menschen schnell und unkompliziert an alle nötigen Informationen gelangen, bekommen Hilfe in allen Lebenslagen.“

Günther weiter: „Allerdings finde ich es bedenklich, dass es



so eine Nummer geben muss. Besser wäre, wenn durch Bürokratieabbau und eine Verschlankeung aller anderen Vorschriften ein System entstünde, das jeder versteht.

Bis der Bürokratieabbau gelungen ist, sollte diese Notfallnummer allen Bürgern zur Verfügung stehen.“ Bislang ist die Nummer nur in einigen Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen und Hessen, den Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie im niedersächsischen Oldenburg frei geschaltet.

Günther: „Ich finde es schade, dass sich Sachsen an diesem

Pilotprojekt bislang nicht beteiligt. Ich hoffe, dass unsere Landtagsfraktion hier auf Anschub des Projektes drängen wird. Die 115, die noch allen Sachsen aus DDR-Zeiten gut als Notrufnummer in Erinnerung ist, könnte auch hier gute Dienste tun.“

Ansonsten hofft Günther, dass Deutschland nach der Bundestagswahl in Sachsen mit liberaler Beteiligung regiert wird. „Denn wir werden auf Bürokratieabbau drängen. Bundesweit und im Freistaat.“

www.deutschlandprogramm.de

Einmischen, mitreden - sich um ein Mandat bewerben

Die Politik, die die anderen derzeit machen, gefällt Ihnen nicht? Dann mischen Sie sich ein! Reden Sie mit! Bringen Sie Ihre eigenen Ideen und Vorschläge ein! Politik lebt von der Vielfalt der Meinungen.

Am 7. Juni sind Stadt- und Gemeinderatswahlen. Wollen Sie in Ihrem Ort mitreden am Ratstisch, mitentscheiden über Investitionen, und das am liebsten für die FDP, dann melden

Sie sich in unserer Geschäftsstelle.

In allen Regional- und Ortsverbänden des Vogtlandes werden derzeit die Listen aufgestellt. Bislang haben bereits viele Vogtländer eine Bereitschaftserklärung unterzeichnet. Klar ist aber auch, dass wir in einigen Orten noch Kandidaten benötigen. Wer Interesse hat, künftig im Stadt-, Gemeinde- oder Ortschaftsrat seines Heimatom-

tes mitzuwirken, sollte sich bis spätestens 27. März 2009 in der FDP-Geschäftsstelle, Ostenstraße 28, 08527 Plauen, Telefon 03741/137044 (E-Mail: buerro@fdp-vogtland.de) melden.

Der Nominierungsparteitag der FDP Vogtland findet am 30. März, 19 Uhr, im Dormero-Hotel Plauen statt. Zu diesem Termin ist auch Gelegenheit, mit den Kandidaten zur Bundes- und Landtagswahl zu sprechen.

Kongo will Hochleistungssport und Fernsehsender aufbauen

Die Afrikaner wünschen sich einen eigenen Sportkanal - ähnlich Eurosport. Deshalb war der kongolesische Sportminister Serge Michel Odzocki jetzt in Deutschland.

In einem umfangreichen Gespräch zwischen der Führung des Sportministeriums der Republik Kongo unter Leitung des Ministers, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages, Joachim Günther, fand ein Meinungsaustausch über die Sportentwicklung in Afrika statt. Dabei stand die Entwicklung

des Sports im Kongo - vom Schulsport bis hin zu Universitäts- und Leistungssport - im Mittelpunkt.

Die Republik Kongo, in der es sehr, sehr viele sportbegeisterte Menschen gibt, will einen eigenen Hochleistungssport-Sektor aufbauen. Dafür soll mit Unterstützung des DOSB ein Konzept erarbeitet werden. Ziel ist es, so Sportminister Odzocki, erfolgreiche Olympiateilnehmer heranzuziehen.

Gesprochen wurde auch über die Etablierung eines Sportfernsehens für Mittel- und Zentralafrika.

Der Sender mit dem Namen

atv, Africa TV, soll zunächst in zwölf afrikanischen Ländern zu sehen sein. Die Initiative geht auch hier vom Kongo aus.

"Gezeigt werden sollen bei atv regionale Sportereignisse, aber natürlich auch die Spiele der europäischen Fußball-Champions-League, für die sich die Afrikaner sehr interessieren", berichtete Joachim Günther im Anschluss an die Verhandlungen.

Aufgebaut wird der Sender mit deutscher Unterstützung. Noch in diesem Jahr soll zum ersten Mal gesendet werden. Bis zur Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika soll atv aus der Fernsehlandschaft Afrikas nicht mehr wegzudenken sein.



Stadtumbau: Aufwertung der Stadtkerne jetzt gezielt voran treiben!

Während seiner Rede im Deutschen Bundestag am 19. März 2009 zum Thema "Stadtumbau Ost - Fortsetzung eines Erfolgsprogramms" mahnte Joachim Günther die Bundesregierung, nicht nur den Rückbau leer stehender Wohnungen zu fördern. Vielmehr sollte ganz gezielt die Aufwertung der Stadtkerne vorangetrieben werden.

"Für die FDP war und ist das Bauen im Bestand sowie die Umnutzung leer stehender Gebäude verstärkt förderungswürdig.

Vorhaben wie Abriss und Aufwertung müssen dabei immer auf ihre Demografie-Festigkeit überprüft werden." Joachim Günther sagte weiter: "Rückbau ist nach wie vor wichtig, um den Wohnungsleerstand nicht wieder ansteigen zu lassen, wobei Wohnungsleerstände inzwischen sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern ein regionales Problem sind."

Es sei zu begrüßen, dass bis 2016 der Abriss weiterer Wohnungen - 200.000 bis 250.000 - aus Mitteln der Städtebauförderung unterstützt wird.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müsse es Ziel sein, die Zentren zu stärken, schrumpfende Städte zu stabilisieren und generell die Attraktivität städtischen Wohnens und Arbeitens zu erhöhen. Eine Fortschreibung der gegenwärtigen demografischen Entwicklung bedeutet nach Gutachteraussage, dass die Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2050 in Deutschland auf etwa 68,5 Millionen sinkt. Drei von vier deutschen Kreisstädten werden bereits 2020 weniger Einwohner zählen als heute. Noch stärker fällt

die Entwicklung nach Expertenmeinung außerhalb der Städte aus. Vor allem strukturschwache Regionen werden von Abwanderung betroffen sein.

„Die eingetretenen Aufwertungseffekte in verschiedenen städtebaulich bedeutenden Teilräumen, zu denen auch zukunftsfähige Plattenbaugebiete zählen, beginnen vielerorts auf das gesamte Stadtgebiet auszustrahlen. Innerstädtische Stadtquartiere durchlaufen eine differenzierte Entwicklung. Trotz erster positiver Effekte besteht weiterer Gestaltungsbedarf.“

Zwei Spieltermine am Wochenende sind genug!

Ab der kommenden Saison soll ein Spiel der Ersten Fußball-Bundesliga bereits am Sonntagnachmittag stattfinden. Viele Amateurvereine befürchten durch die Live-Übertragung im Fernsehen einen massiven Zuschauerverlust bei den Spielen ihrer eigenen Mannschaften. Anlässlich der Debatte zu diesem Thema im Sportausschuss des Deutschen Bundestages sagte Ausschuss-Mitglied Joachim Günther: „Die Entscheidung der Profivereine, die damit hoffen,

noch mehr Gelder in ihre Kassen zu spülen, ist ein Schlag ins Gesicht der Amateurvereine.

Ich persönlich vertrete die Auffassung, dass zwei Spieltermine am Wochenende genug sind für die 1. Liga. Nicht alles darf im deutschen Fußball dem Kommerz unterworfen werden. Man muss auch Rücksicht auf die Vereine nehmen, die den Sport in der Breite vertreten, die den Unterbau darstellen für den bezahlten Fußball. Alle diese Vereine sind darauf angewiesen, dass sie Zuschauer haben. Das ist Motivation für

die, die aus Spaß an der Sache Fußball spielen, und die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer, die die Spiele absichern.

Diese Meinung vertrete ich auch im Sportausschuss. Schließlich wären auch in meinem Wahlkreis zahlreiche Vereine von den negativen Auswirkungen des frühen Sonntagsspiels in Liga 1 betroffen. Ob allerdings die Politik überhaupt regulierend eingreifen kann, wird sich zeigen. Es handelt sich hierbei um eine eigenständige Entscheidung der Liga. Ich werde an die Vernunft der Verantwortlichen appellieren.“



Das Aus für Enka in Elsterberg wird immer wahrscheinlicher. Joachim Günther hoffte vergebens, dass Bürgermeister und Stadtrat nun endlich ein Gewerbegebiet etablieren werden, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze überhaupt zu ermöglichen. Ein entsprechender Antrag des FDP-Abgeordneten Sandro Bauroth fand jedoch keine Mehrheit im Stadtrat.

Die meisten Aussteller auf regionaler Baumesse in Plauen erfolgreich

Wer Fragen hatte zu regenerativen Energien, zu verschiedenen Heizsystemen, Wärmepumpen, Abwasserklärsystemen, Fertig- und Massivhäusern, Dämmstoffen, Sanitär- und Elektrotechnik war auf der Vogtland-BAU 2009 richtig. In der Plauener Festhalle informierten Anfang März über 100 Aussteller aus der Region über ihre Angebote und zum Teil auch über Neuheiten auf dem Bausektor.

"Der Trend geht weiter Richtung selbst gestalten und selbst renovieren", sagt Stefanie Jeske, die Ausstellungsleiterin. Dabei sei gerade für Privatkunden das Vertrauen zum Handwerker, der beim Gestalten hilft, wichtig. Messe-Schirmherr Joachim Günther kam zur Eröffnungsver-

anstaltung nicht umhin, die weltweite Finanzkrise anzusprechen, die auch auf die hiesige Wirtschaft zum Teil fatale Auswirkungen hat. Da über der Immobilienbranche niemand einen Rettungsschirm aufspanne, sei jeder Handwerker, jedes Bauunternehmens im Überlebenskampf auf sich allein gestellt. Deshalb sei es gut, wenn sie sich auf solchen regionalen Messen präsentieren und direkt mit dem Kunden ins Gespräch kommen könnten.

Günther, der Wohnungsbaupolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, hat in Berlin gerade den Vorschlag unterbreitet, dass der Staat bei Sanierungsmaßnahmen und

Umbauten 12 Prozent der Gesamtinvestitionen privater Investoren übernehmen soll. Als Ausgleich zur weggefallenen Eigenheimzulage. "Damit würden wir die Schwarzarbeit in diesem Bereich eindämmen, da ja Rechnungen vorgelegt werden müssten, um die Fördersumme zu bekommen. Wir würden Arbeitsplätze schaffen oder zumindest zur Erhaltung der vorhandenen beitragen. Und der

Staat bekäme Geld in die Kassen durch die verschiedenen Arten von Steuern, die beim Bauen anfallen - von der Lohnbis hin zur Mehrwertsteuer." Der Staat, so Günther, könne hier also immer noch gut machen.



Freiheit braucht Mut, Politik braucht Vertrauen: FDP

FDP-Generalsekretär Dirk Niebel hat jetzt das Deutschlandprogramm der FDP-Bundestagsfraktion vorgestellt. Das FDP-Programm zur Bundestagswahl soll die Bewältigung der Wirtschaftskrise voran treiben. „Wir wollen die Bürger wieder stärker und nicht die Ränder der Gesellschaft nur in den Fokus der Regierungshandelnden nehmen“, sagte Niebel.

Die FDP setzt auf eine deutliche Stärkung der sozialen Marktwirtschaft. Im Programm heißt es: „Wir wollen die liberale Bürgergesellschaft, in der der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Sie ist geprägt von Weltoffenheit, Toleranz, Solidarität und ist der Menschenwürde verpflichtet.“

„Wir Liberalen vertrauen auf die Leistungsbereitschaft der Menschen und auf einen Staat, der seine Stärke aus der Beschränkung auf seine hoheitlichen Aufgaben schöpft. Sie erkennen selbst, was getan werden muss und brauchen dafür keine bevormundende Staatsbürokratie.“

Die FDP ist die Partei für alle, die ihr Leben selbst gestalten und dabei nicht vom Staat bevormundet werden wollen. Wir wollen die Maßstäbe politischen Handelns neu definieren:



Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Wer mehr Freiheit und Chancengerechtigkeit in Deutschland will, braucht eine starke FDP.“

„Die Liberalen stehen für eine Politik, die vom Respekt vor den Bürgerrechten und der Verfassung geprägt ist. Die FDP ist der Partner der Mitte. Denn es sind die Menschen der Mittelschicht, die unsere Gemeinschaft stark machen. Sie kümmern sich um eine gute Ausbildung ihrer Kinder, sorgen für die Familie vor und leben Solidarität mit den Schwachen. Umweltbewusstsein und ein ausgepräg-

tes Gefühl für Gerechtigkeit sind für die Mitte der Gesellschaft selbstverständlich. Die Gängelei der Mitte muss aufhören, damit sich Leistung endlich wieder lohnt.“ Deshalb soll eine Steuerreform durchgeführt werden. „Wir wollen einfache, niedrige und gerechte Steuern für mehr Netto vom Brutto.“ Außerdem gilt für die Liberalen: Bildung ist Bürgerrecht. Im Umweltschutz setzt die FDP auf Fortschritt durch moderne Technik. Deutsche Außenpolitik soll die Globalisierung aktiv mit gestalten. Deshalb ist der Schulterschluss mit den europäischen und transatlantischen Partnern notwendig. „Mit ihnen wollen wir neue Impulse in der Abrüstung setzen und dadurch für dauerhaften Frieden sorgen.“

„Freiheit braucht Mut und die FDP hat den Mut, an ihrer Vision einer liberalen Bürgergesellschaft festzuhalten. Politik braucht Vertrauen. Wir sind davon überzeugt: Liberale Politik verdient Vertrauen. Dafür werben wir mit unserem Programm zur Bundestagswahl 2009.“

Das komplette Deutschlandprogramm finden Sie im Internet unter www.deutschlandprogramm.de Hier gibt es auch eine Diskussionsplattform zum Bundestagswahlprogramm.

Termine

29. April 2009
Sächsischer Landtags-
stammtisch mit Prof. Dr.
Andreas Schmalfuß

Thema: Public Private Partnership

Beginn: 19 Uhr

Ort: Best Western Hotel „Straßberger Tor“, Plauen
Gast: Bundestagsabgeordneter Joachim Günther

Investitionsstau an sächsischen Schulen und Kindertagesstätten, viele marode Brücken in Sachsen: Beispiele aus der Presse zeigen, dass in Sachsen im Investitionsbereich noch viel zu tun ist. Neben den eigentlichen Bauvorhaben muss angesichts steigender Energiepreise das Augenmerk aber auch auf die Folgekosten gelegt werden. Hier greift das Thema Public Private Partnership. Was ist das? Wo sind die Chancen? Wo liegen die Risiken? Wo wird blockiert? Zu all diesen Fragen möchte Andreas Schmalfuß mit den Vogtländern ins Gespräch kommen.

15. Juli 2009
Die Deutschlandtour der
FDP-Bundestagsfraktion
wird dieses Jahr am 15. Juli in Plauen und Zwickau Station machen.

Das aktuelle Thema

ENTEIGNUNGSGESETZ

Am 20. März 2009 wurde im Deutschen Bundestag gegen die Stimmen der FDP das Enteignungsgesetz verabschiedet. Nach Ansicht der FDP-Bundestagsfraktion erschüttern Enteignungsgesetze das Vertrauen in die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und sind weder ordnungspolitisch noch gesellschaftspolitisch vertretbar. Eine Enteignung richtet massiven Schaden am Standort Deutschland an, zumal die Bundesregierung bislang nicht alle alternativen Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Die Liberalen im Deutschen Bundestag schlagen in diesem Zusammenhang unter anderem vor, das Insolvenzplanrecht so zu gestalten, dass es auch einen Eingriff in Aktionärs- oder Gesellschafterstellungen ermöglicht. Das Insolvenzplanrecht bietet jetzt schon die Chance zur schnellen und konsequenten Sanierung eines notleidenden Unternehmens und stellt somit ein sehr effektives Mittel zur Unternehmensrestrukturierung dar. Mehr zu diesem Thema finden Sie im Internet unter www.fdp-fraktion.de.

Allensbacher Repräsentativumfrage

In der monatlichen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach erreichen CDU/CSU 34,8 Prozent (Vormonat 35,6). Die SPD gewinnt 1,4 Punkte und steht jetzt bei 26,1 Prozent. Die FDP gibt leicht nach auf 14,5 Prozent. Die Grünen kommen auf 10,5 Prozent, die Linkspartei auf 10 Prozent der Stimmen. 4,1 Prozent der Befragten waren unentschieden.

Die F.A.Z. bemerkt dazu auf der Titelseite ihrer Ausgabe vom 25. 3. 2009: „Die FDP wird seit einem Jahrzehnt langsam, aber stetig stärker. Ihre Wertordnung scheint in der Krise aktueller zu sein als die der christlichen Parteien.“ Und weiter: „Die Freien Demokraten können heute auf Zustimmungsraten verweisen wie seit den fünfziger Jahren nicht mehr. Das ist auch deswegen erstaunlich, weil die gegenwärtige Wirtschaftskrise in weiten Teilen der Öffentlichkeit als ein Versagen der Wirtschaft wahrgenommen wird, für die sich die FDP besonders einsetzt.“

Laut F.A.Z.-Analyse trauen viele Befragte der FDP zu, die Marktwirtschaft zu verteidigen, durchzusetzen, dass Belastungen und Abgaben nicht weiter steigen und dafür zu sorgen, dass die Freiheit der Bürger geschützt wird.

Klassifizierung für Winterreifen nötig

Noch immer sind Deutsche mit untauglichen Winterreifen unterwegs. „Ich bin sehr froh, dass CDU/CSU und SPD jetzt endlich dem Drängen der FDP-Fraktion nachgeben. Seit Herbst vergangenen Jahres fordern wir verbindliche Kriterien für Winterreifen. Gefährliche Reifen könnten aus dem Verkehr gezogen und viele Unfälle vermieden werden. Das ist Verbraucherschutz!“ Das sagte Joachim Günther nach einer Debatte zu diesem Thema im Verkehrsausschuss des Bundestages.

Obwohl es EU-Gesetze für alles Mögliche gibt, dürfen zum Beispiel Sommerreifen noch immer als Winterreifen verkauft werden. „Es müssen klare Kriterien ausgearbeitet werden, die einen Reifen als wintertauglich ausweisen. Und das muss anhand einer Zertifizierung für den Kun-

den sofort erkennbar sein. Nur so können wir die Verbraucher schützen und Ärgernisse mit Versicherungen, die im Schadensfall nicht zahlen, vermeiden.“



Unmut wegen Totalüberwachung

Der Unmut in der Bevölkerung über die Vorratsdatenspeicherung wird immer größer. Auch Joachim Günther merkt das an einer Vielzahl von Protest-E-Mails, die derzeit in seinen Büros in Berlin und Plauen eingehen.

Als erstes deutsches Gericht hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden die flächendeckende Aufzeichnung der Telefon-, Handy-, E-Mail- und Internetnutzung der gesamten Bevölkerung (Vorratsdatenspeicherung) als unverhältnismäßig bezeichnet. Wörtlich heißt es: „Das Gericht sieht in der Datenspeicherung auf Vorrat einen Verstoß gegen das Grundrecht auf Datenschutz. Sie ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht notwendig.“

Die Liberalen sehen in dem von CDU/CSU und SPD verabschiedeten Gesetz einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen. „Es geht gar nicht darum, ob einer etwas zu verbergen hat oder nicht. Es geht hier um Totalüberwachung, um die Erzeugung von gläsernen Menschen. An den Reaktionen der Bevölkerung sieht man, dass diese sich - zu Recht - wehren wird, sagt Joachim Günther. „Es gibt noch viel Klärungsbedarf. Natürlich brauchen wir in unserem Land auch Sicherheit. Aber ist eine Überwachung à la Stasi eine richtige, eine sichere Methode?“